



Manfred Mertins und Sylvia Kotting-Uhl vor dem Atomkraftwerk Fessenheim

Foto: Deckert

Fessenheim ist »Katastrophe«

Atomkraft | Defizite werden immer größer / Zu viele kleine Zwischenfälle

Fessenheim bleibt womöglich bis 2022 im Netz – das sehen Politiker und Sachverständige kritisch. Laut Experten hat das Atomkraftwerk »Sicherheitsdefizite auf allen Ebenen«.

■ Von Ralf Deckert

Fessenheim. Die Grünen-Bundestagabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl aus Karlsruhe und der Kölner AKW-Sachverständige Manfred Mertins haben bei einem Pressetermin am Atomkraftwerk Fessenheim im Elsass vor neuen Risiken durch das 41 Jahre alte AKW gewarnt. Hintergrund war ein Bericht der französischen Atomaufsicht ASN, den Kotting-Uhl veröffentlicht hat.

In dem Papier geht es um sogenannte »Precursor«-Vorfälle. Darunter versteht man kleinere Zwischenfälle in einem AKW, die für sich genommen harmlos sind, in der Summe aber darauf hinweisen, dass der Anlage ein schwerer Zwischenfall bevorstehen könnte. Der ASN-Bericht habe für die Jahre 2003 bis 2013 insgesamt 17 »Precursor«-Zwischenfälle in Fessenheim aufgelistet. Dies sei alarmierend, da Fessenheim damit eine der höchsten »Precursor«-Zahlen in französischen Atomanlagen aufweist. Dies sei ein weiterer Grund, das AKW abzuschalten.

Dass Frankreich diese Woche angekündigt hat, Fessenheim könne womöglich bis 2022 am Netz bleiben, kritisierte die Grünen-Politikerin scharf. Dass die AKW-Abschaltung nun aber doch noch unabhängig von der Inbetriebnahme des neuen Reaktors in Flamanville am Atlantik geschehen könnte, nimmt sie der Regierung von Emmanuel Macron nicht ab: »In Fessenheim wurde schon so viel versprochen, ich glaube der französischen Regierung nichts mehr«, so Kotting-Uhl beim Ortstermin im Elsass.

Wirtschaftlich wie technisch sei Fessenheim ohnehin »eine Katastrophe«, erklärte Anti-AKW-Veteran Gabriel Weisser. Da man der Politik in seinem Land bei Fragen der Atomsicherheit nicht trauen könne, müsse man sich die Experten dazu in Deutschland holen. Es sei legitim, wenn sich deutsche Politiker und Experten in die französische Politik einmischen, da das alte AKW am Rhein ja auch die Gesundheit von 500 000 Menschen in Südbaden gefährde. Weissers Sicht deckt sich mit den bereits bekannten Gutachten des deutschen Sachverständigen Manfred Mertins: »Fessenheim hat Sicherheitsdefizite auf allen Ebenen«, so der Experte. Die Zahl der Sicherheitssystemen sei zu niedrig, die Aufbewahrung der Brennelemente »in einer

Leichtbauhalle« sei gefährlich, und dann seien da noch die offenen Fragen beim Schutz gegen Terrorangriffe, Hochwasser und Erdbeben.

Bundesregierung mische sich nicht genug ein

Kotting-Uhl sagte am Freitag, sie klage nicht nur die französische Regierung an, die die Gefährdung der Menschen in der Region einfach weiterlaufen lasse, sondern sie wende sich auch gegen die Bundesregierung, die sich in der Sache nicht zur Genüge einmische. Das Problem dabei sei das 1956 abgeschlossene EURATOM Abkommen, das jedem Mitglied der EU bis heute vollkommene Souveränität bei der Erforschung und dem Ausbau der Atomkraft zusichere und hinter dem Berlin sich verstecke. »Das Abkommen hätte längst überholt werden müssen«, so die Abgeordnete. Passiert sei bisher aber nichts, obwohl der EU-Aufstieg der Atomkraft Großbritannien eine ideale Gelegenheit für eine EURATOM-Reform wäre. »Die Bundesregierung hat das aber abgelehnt«, so Kotting-Uhl weiter.

Offene Fragen bei der Sicherheit

Dabei gebe es gerade wieder neue Fragen zum Weiterbetrieb, so Greenpeace-Aktivist Roger Spautz: Seine Organisation weist darauf hin, dass der AKW-Betreiber EDF in Fessenheim nicht die von der ASN nach der Fukushima-Katastrophe geforderten Diesel-Aggregate eingebaut hat. Eigentlich, sagte Spautz, müsste diese Notstromversorgung ab 2019 vorgehalten werden. Und, so Spautz weiter, laufe das AKW damit ab dem kommenden Jahr illegal weiter, da die EDF wegen der zugesagten Abschaltung der Anlage Geld und Generatoren eingespart habe.

Eisenmann will mehr Qualität

Pforzheim. Baden-Württemberg Kultusministerin Susanne Eisenmann (Bild, CDU) will angesichts des Lehrermangels vor allem im Grundschulbereich die Ausbildungskapazität weiter erhöhen. »Qualifizierter



Unterricht hat eine Grundvoraussetzung: Er sollte stattfinden«, sagte sie am Freitag bei der Vertreterversammlung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) in Pforzheim. Man bemühe sich, den Mangel mit verschiedenen Maßnahmen zu mildern. Eisenmann warnte vor panischen Reaktionen. Sie halte nichts von Nollösungen mit nicht ausgebildeten Pädagogen.

Tod durch Gewalteinwirkung

Verbrechen | Obduktion bestätigt: Leiche ist vermisster Jäger

■ Von Nils Horst und Denise Polk

Pforzheim/Birkenfeld. Die Obduktion hatte sich verzögert, am späten Freitagmittag dann aber sorgte die Polizei für Klarheit: Demnach handelt es sich bei der am Dienstag in einem Waldstück bei Pforzheim gefundenen Leiche um den seit Wochen vermissten Jäger Simon Paluas aus Birkenfeld-Gräfenhausen.

Damit hatten die Ermittler schon in den Vortagen gerechnet, zumal an der Leiche markante Merkmale festgestellt worden waren: eine blasser Tattowierung sowie eine runde Hautverfärbung am Rücken. Nach Angaben des Polizeipräsidiums in Karlsruhe bestätigte die Obduktion zu dem, dass der 50-Jährige Opfer eines Gewalteinwirkungsverbrechens geworden ist.

Dennoch bleiben nach wie vor mehr Fragen als Antworten.

Die Ermittler wollen wenig zu den genaueren Tatumständen und noch weniger zu den vermuteten Motiven sagen. Das begründen sie mit ermittlungstaktischen Überlegungen. Andererseits muss die zuständige Sonderkommission in den vergangenen Tagen reihenweise Spuren, Indizien und Hinweise zusammengetragen haben. Offenbar ergibt sich noch kein klares Bild.

Ob das Opfer also vor allem ein leidenschaftlicher Waffensammler war oder doch Waffengeschäfte eine Rolle gespielt haben können, bleibt Spekulation. Jedenfalls geht es bei den Ermittlungen offenbar um zumindest ein weiteres Waffenarsenal. Die Polizei hatte bei der Durchsichtung einer zweiten Wohnung des Mannes in Herrenberg mehrere Waffen entdeckt. Von den weiteren Waffen, die der Mann legal im Haus in Gräfenhausen (Enzkreis) gelagert haben soll, fehle dagegen weiter jede Spur. Hinweise auf illegale Waffenverkäufe durch den Getöteten haben sich bislang laut Polizei nicht bestätigen lassen. Zudem werde aber auch in andere Richtungen ermittelt. Es könne nach Angaben der Polizei weiterhin nicht ausgeschlossen werden, dass es sich um eine Beziehungstat oder etwas ganz anderes gehandelt hat.

Zuletzt gesehen wurde der gelernte Büchsenmacher am Abend des 29. August von Nachbarn. Sie wollen einen Streit zwischen ihm und zwei Unbekannten beobachtet, und laut Medienberichten darüber hinaus gesehen haben, wie zwei Personen etwas aus dem Haus in ein Auto schleppten – möglicherweise in einen Teppich gewickelt. Aufgrund der Blutspuren im Haus schloss die Polizei früh ein Tötungsdelikt nicht aus.

Meinungen der Leser

Regierung muss handeln

BETRIFFT: Migrationspolitik

Wie viele der rund 120 Millionen Staaten auf der Welt könnten wohl im Sinne der derzeitigen »politisch korrekten« Debatte als »sichere Herkunftsländer« bezeichnet werden? Doch wohl nur eine kleine Minderzahl, vielleicht ein Drittel, die etwa 20 Prozent der Weltbevölkerung beherbergen. In alle anderen Länder könnte also nicht abgeschoben werden, weil dort Diskriminierung, Folter, Todesstrafe, Herumschleppen, werden wir in fünf oder zehn Jahren vielleicht nicht mehr über eine Million, sondern über eine Milliarde Flüchtlinge sprechen, die nach Europa und in unser Land drängen. Auch wenn es juristisch schwierig darstellbar sein mag, muss sich unsere Regierung hierzu dringend Gedanken machen und im Ausländerrecht Änderungen herbeiführen.

In der Konsequenz heißt das, dass prinzipiell etwa fünf Milliarden Menschen auf dieser Welt nicht nur Flücht-, sondern auch Asylgründe oder zumindest »Abschiebungshindernisse« hätten. Selbst Migranten, die in unserem Land schwerste Verbrechen planen oder ausüben, erhalten so ein Bleiberecht in Deutschland. Wenn sich solche »Bleiberechtszwingungsrezepte« herumsprechen, werden wir in fünf oder zehn Jahren vielleicht nicht mehr über eine Million, sondern über eine Milliarde Flüchtlinge sprechen, die nach Europa und in unser Land drängen. Auch wenn es juristisch schwierig darstellbar sein mag, muss sich unsere Regierung hierzu dringend Gedanken machen und im Ausländerrecht Änderungen herbeiführen.

Siegfried Tonscheidt
Villingen-Schwenningen

Der Haken bei Organspende

BETRIFFT: Spahn will automatische Organspende vom 4. September auf Seite Politik.

Früher dachte ich, und so denken sicherlich viele Mitmenschen, Organspende ist etwas Gutes. Es hilft kranken Menschen, am Leben zu bleiben. Der Mensch ist tot, dem die Organe entnommen wurden. Im Spenderausweis heißt es doch »nach meinem Tod«. So habe ich das auch geglaubt. Ich hätte nie für möglich gehalten, dass Ärzte nicht davor zurückschrecken, einen Menschen mit allen Mitteln ärztlicher Kunst am Leben zu halten, nur damit sie seine lebenden Organe bekommen.

Früher dachte ich, und so denken sicherlich viele Mitmenschen, Organspende ist etwas Gutes. Es hilft kranken Menschen, am Leben zu bleiben. Der Mensch ist tot, dem die Organe entnommen wurden. Im Spenderausweis heißt es doch »nach meinem Tod«. So habe ich das auch geglaubt. Ich hätte nie für möglich gehalten, dass Ärzte nicht davor zurückschrecken, einen Menschen mit allen Mitteln ärztlicher Kunst am Leben zu halten, nur damit sie seine lebenden Organe bekommen. Vollständige wahrheitsgetreue Aufklärung über Organtransplantation und Hirntod wäre Aufgabe des Bundesgesundheitsministers. Des Weiteren wäre es Aufgabe von Politik und Justiz, jeden Versuch zu bekämpfen, menschliches Leben als Verfügungsmasse zu behandeln. Hirntod ist nicht Körper tot. Erst der Herztod führt zum Tod. Es können nur lebende Organe transplantiert werden, und diese können wiederum nur einem lebenden Organismus entnommen werden. Ich persönlich bin grundsätzlich gegen Organtransplantationen. Die Hirntod-Theorie ist nicht vollständig beweisbar und in Wissenschaft, Ärzteschaft und Religion umstritten. Die Methodik der Feststellung von Hirntod wird in vielen Ländern unterschiedlich gehandhabt: Wer in einem Land hirntod ist, ist es in einem anderen noch lange nicht. Es ist nicht möglich, einem noch lebenden Menschen sein Herz oder andere Organe zu entnehmen, ohne seine Würde zu verletzen.

Hermann Knechtle
Empfingen



Jens Spahn Foto: Wehrhauch

Was sollen die Forderungen?

BETRIFFT: »Polen pocht auf deutsche Zahlungen« auf der Seite Politik vom 13. September

Es ist schon erstaunlich, dass seit dem Eintritt der Polen in die Europäische Union nur noch gegen Deutschland gewettert wird. Polen ist mit der größte Empfänger von EU-Geldern. Außerdem arbeiten

rund 200 000 Menschen von dort bei uns. Was sollen also diese alten Forderungen immer wieder.

Wolfgang Krauss
Haigerloch-Gruol

Schreiben Sie uns!

Schwarzwälder Bote Redaktionsgesellschaft mbH
Postfach 1380 | 78722 Oberndorf a.N. | Fax: 07423 78-328
E-Mail: Leserbrief@schwarzwald-bote.de

Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Wir behalten uns Kürzungen vor. Bitte vergessen Sie nicht Ihren Absender samt Telefonnummer.